

JOHN E. FARQUHARSON

HILFE FÜR DEN FEIND

Die britische Debatte um Nahrungsmittellieferungen an
Deutschland 1944/45

Während einer Unterhausdebatte über Hilfsmaßnahmen für die befreiten Länder Europas am 28. März 1945 traf Clement Attlee die Feststellung: „Wir müssen damit rechnen, daß wir eine große Anzahl Deutscher zu ernähren haben werden.“¹ Durch die Einbeziehung des besiegten Feindes in den Kreis der Länder, denen Hilfe zu leisten sein würde, schien der damalige Lord President und Deputy Prime Minister eine bedeutsame Abkehr von der bisherigen Politik zu vollziehen. Doch das stimmt nicht ganz, denn bereits am 20. August 1940 hatte Churchill vor dem Unterhaus die britische Verpflichtung betont, für die notwendigsten Nahrungsmittellieferungen an die deutsche Zivilbevölkerung aufkommen zu müssen. Dabei hatte er Deutsche und Österreicher ganz selbstverständlich zu denen gezählt, die eine solche Hilfe sofort nach der Befreiung erhalten sollten². Da damals die Befreiung Europas nicht eben vor der Tür stand, forderte seine freimütige Bezugnahme auf den Feind aber keine besonderen Kommentare heraus. Nimmt man die Debatte vom 28. März als Indiz, so war diese Aussage 1945 – angesichts der Notlage der Bevölkerung in den alliierten Ländern – vergessen. Lediglich ein Parlamentarier bezog sich überhaupt auf Churchills frühere Rede; bezeichnenderweise erwähnte er die Deutschen nicht. Bei den Unterhausabgeordneten herrschte jetzt ein feindseliger Ton gegenüber dem Kriegsgegner – um so auffälliger waren deshalb Attlees Ausführungen.

Attlees Rede war nur der Schlußpunkt einer langen Debatte, die in Whitehall abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit geführt worden war, nur die Spitze des Eisbergs. Der vorliegende Aufsatz untersucht, wie und weshalb die britischen Minister schließlich – wie zögernd auch immer – wieder dazu gelangten, die deutsche Zivilbevölkerung aus praktischen Erwägungen in ihr Hilfsprogramm einzubeziehen. Die Studie stützt sich hauptsächlich auf Akten des Public Record Office in Kew, insbesondere auf Dokumente des Foreign Office und zweier Kabinettsausschüsse, die mit der Versorgung Nordwesteuropas befaßt waren³. Der Aufsatz dokumentiert den all-

¹ Hansard, Bd. 409, 28. März 1945.

² Zit. bei F. S. V. Donnison, *Civil Affairs and Military Government General Organisation and Planning*, London 1966, S. 140.

³ Mittlerweile existiert eine stattliche Anzahl von Werken, die sich mit der alliierten Planung der Besatzungspolitik in Deutschland befassen, so etwa A. Tyrell, *Großbritannien und die Deutschland-*

mählichen Sieg des Pragmatismus über beträchtliche politische Hindernisse, und zwar auf zwei Ebenen: Zum einen ging es um die Sanktionierung einer Unterstützung Deutschlands während der Kämpfe, eine relativ kurzfristige Angelegenheit. Parallel dazu lief eine andere, wichtigere Debatte darüber, ob *nach* der Kapitulation Lieferungen von Hilfsgütern in eine künftige britische Zone erfolgen sollten. Das war offenkundig eine viel umfassendere Verpflichtung. Um diese Vorgänge in den rechten Zusammenhang zu setzen, ist es notwendig, kurz zu skizzieren, wie es überhaupt zu diesen Hilfsmaßnahmen kam und welcher Apparat errichtet wurde, um die Hilfsgüter zu verteilen.

Wie schon in Churchills Rede von 1940 herauskam, würden militärische Operationen in Nordwesteuropa auch Lebensmittellieferungen für die Bevölkerung in den befreiten Ländern erforderlich machen, teils aus humanitären Gründen, aber auch, um „disease and unrest“ vorzubeugen, die die militärischen Operationen behindern könnten. Um dieser Gefahr zu begegnen, sollten die einheimischen Vorräte vor Ort so weit aufgestockt werden, daß eine Tagesration von 2000 kcal sichergestellt war⁴. Obwohl es dem War Department in Washington widerstrebt, in das „relief business“ einzusteigen, wurde ihm von Roosevelt die Verantwortung dafür übertragen. Also erstellte das Ministerium einen Entwurf – Plan A –, der auf den genannten Kriterien basierte⁵. Die Briten akzeptierten das und richteten unter Oliver Lyttelton einen ministeriellen Ausschuß („Supply Question to Liberated and Conquered Areas“) ein. Lytteltons Ernennung zum Vorsitzenden war eine Konsequenz der Entscheidung des War Cabinet, dessen Ministerium, das Ministry of Production, mit der Durchführung dieser Dinge zu betrauen. Somit waren die Hilfsmaßnahmen im Prinzip ausreichend verankert, aber eben nur als Maßnahme für befreite Länder und für die in Deutschland befreiten Displaced Persons. Als Plan A von der britischen Regierung im März 1944 angenommen wurde, waren darin Lebensmittellieferungen für die deutsche Zivilbevölkerung nicht vorgesehen⁶.

Hinter dieser Entscheidung standen zwei Annahmen, die aber, was die Minister zu dem Zeitpunkt nicht ahnten, beide verkehrt waren. Die erste war, daß die Deutschen von ihrer Ernte würden leben können. Da Lebensmittel weltweit knapp

planung der Alliierten 1941–1945, Frankfurt 1987; L. Kettenacker, Großbritannien und die künftige Kontrolle Deutschlands, in: J. Foschepoth, R. Steininger (Hrsg.), Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985, S. 27 ff.; ders., Die angloamerikanischen Planungen für die Kontrolle Deutschlands, in: J. Foschepoth (Hrsg.), Kalter Krieg und Deutsche Frage, Göttingen 1985, S. 66 ff. Vgl. auch J. Foschepoth, British Interest in the Division of Germany after the Second World War, in: Journal of Contemporary History 1986/2, S. 391 ff., und J. Baylis, British Wartime Thinking about a Postwar European Security Group, in: Review of International Studies 1983/9, S. 265 ff., die sich in weiten Passagen auf die Deutschland-Planung während des Krieges beziehen.

⁴ Donnison, Civil Affairs, S. 146.

⁵ Zur ablehnenden Haltung des War Departments siehe D. Acheson, Present at the Creation, London 1969, S. 79.

⁶ Sir James Grigg, Secretary of State for War, Bericht an War Cabinet, WP (44) 141, 2. März 1944; Public Record Office (künftig: PRO), CAB 66/47. Zu Lytteltons Karriere vgl. Tyrell, Großbritannien, S. 627 ff.

waren, würden die Deutschen eben als letzte an die Reihe kommen. Schließlich hatten sie Europa jahrelang ausgeplündert. Die damals vorherrschende Meinung über die Deutschen kam vielleicht am besten in dem Satz zum Ausdruck: „Sie waren schließlich die Leute, die so lange Zeit auf Kosten des übrigen Europa gut gelebt hatten.“⁷ Aus dieser Optik war es leicht verständlich, daß das War Department im Plan A vorgesehen hatte, die Deutschen sollten von ihrer eigenen Ernte leben. Der Boden im Reichsgebiet war aber im Laufe der Zeit wegen des Mangels an Kunstdünger immer stärker erschöpft worden, und außerdem bestand ein allgemeiner Mangel an Ackergeräten⁸. Die unausbleibliche Folge davon war eine stetig fallende Nahrungsmittelerzeugung⁹. Seit Sommer 1944 war man sich im War Department in Washington klar darüber, daß die Ernteerträge in Deutschland gegenüber den Schätzungen, auf denen Plan A basierte, um insgesamt 10 Prozent gesunken waren¹⁰.

Dies alles war schon schlimm genug, doch nun tauchte ein weiteres Problem, das Flüchtlings-Problem, auf. Anfang 1944 war in Whitehall ein interministerieller Ausschuß ins Leben gerufen worden, der sich mit dieser Frage befassen sollte. Er hatte den Auftrag, dem Armistice and Postwar Committee (APW) Bericht zu erstatten, dessen Vorsitzender Attlee persönlich war und zu dem auch Eden, Lyttelton und der damalige Minister of Labour Bevin gehörten. Der Bericht an das APW war keine angenehme Lektüre, denn er machte unmißverständlich auf den empfindlichen Mangel an Nahrungsmitteln aufmerksam, der im Westen Deutschlands nach der Kapitulation herrschen würde¹¹. Dafür wurde eine ganze Reihe von Gründen genannt, die weiter unten betrachtet werden sollen. Ein Problempunkt war die Tatsache, daß die Bevölkerung im Westen durch Flüchtlingseinstrom stark vergrößert sein würde. Das Fazit war, daß „ohne zusätzliche Nahrungsmittel mehr Mäuler zu stopfen“ seien (Abschnitt IV, S.9). Diese Schlußfolgerung war ein weiterer Sargnagel für Plan A: Die heimische Ernte konnte für die deutsche Zivilbevölkerung im Westen unmöglich ausreichen, wenn der Ertrag sank und zugleich die Anzahl der Verbraucher anstieg.

Das industrialisierte Westdeutschland hatte sich schon vor dem Krieg nicht selbst versorgen können, doch war das Defizit durch Lieferungen aus den östlichen Gebieten des Reichs ausgeglichen worden. Dieser Ausgleich funktionierte auch während des Krieges. Anfang 1945 wurde der Verlust dieser Gebiete von einem Mitarbeiter in Görings Agrarstab als ein schwerer Schlag für die Höhe der Rationen im übrigen Deutschland bezeichnet. Die Gesamtversorgung würde um mehr als

⁷ Donnison, *Civil Affairs*, S. 173.

⁸ 1944 fand eine Untersuchung heraus, daß die Fruchtbarkeit des Bodens nur 80 Prozent des Vorkriegswertes betrage. Vgl. W. Clauss, *Erfahrungen aus 50 Jahren Agrarpolitik*, Kiel 1979, S. 21.

⁹ Zwischen 1943 und 1945 sank der Ertrag an Brotgetreide um fast ein Siebtel, an Zuckerrüben um 7 Prozent und bei Milch um mehr als ein Fünftel. Vgl. A. Hanau und W. Plate, *Die deutsche Preis- und Marktpolitik im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1975, S. 44f.

¹⁰ War Office an British Army Staff, Washington, 24. Juni 1944; PRO, FO 943/441.

¹¹ „Report of the Interdepartmental Committee on the transfer of German populations“, 12. Mai 1944; PRO, CAB 87/67. Diese Vorlage ging am 26. Juni 1944 an das APW-Komitee.

35 Prozent, die Versorgung bei Fett und Zucker sogar um 50 Prozent gekürzt werden müssen¹². Dies hat mit der zweiten irrigen Annahme zu tun, von der Plan A ausging, nämlich, daß die Kornkammer im Osten, einmal unter sowjetischer Verwaltung, auch nach dem Krieg ihre Funktion als Nahrungsmittelreservoir für den industrialisierten Westen behalten würde. Aber was würde aus der Bevölkerung in so dicht besiedelten Gebieten wie dem Ruhrgebiet, wenn dem nun nicht so war?

Bereits im Februar 1944 war von dieser düsteren Möglichkeit in einem Papier des Alliierten Oberkommandos (SHAEF) an das Combined Civil Affairs Committee (CCAC) die Rede, der anglo-amerikanischen Stelle, die mit der Verwaltung der besetzten Gebiete betraut war¹³. SHAEF erinnerte darin an die heikle Tatsache, daß es in der Logik der Einteilung Deutschlands in mehrere Zonen liege, daß Nahrungsmittel zwischen den einzelnen Regionen höchstwahrscheinlich nicht mehr so selbstverständlich ausgetauscht werden könnten, wie das bisher der Fall war¹⁴. Die ungeheuren Implikationen einer solchen Entwicklung für die künftige britische Besetzung ließen im War Office alle Alarmglocken schrillen. R.J. Stopford, Deputy Director of Civil Affairs, begriff sofort, was auf dem Spiele stand. Dies, so legte er dar, „wird unsere bisherige Annahme, daß keine Unterstützung notwendig ist, völlig umwerfen“. Seiner Bitte um zusätzliche Informationen entsprach eine Analyse des Ministry of Economic Warfare, die von der Prämisse einer Zoneneinteilung und davon, daß infolgedessen kein freier Handel im besetzten Deutschland möglich sein werde, ausging¹⁵. Zu dieser Zeit mußten die Grenzen des westlichen Besatzungsgebietes zwar erst noch festgelegt werden. Da aber der gesamte Westen Deutschlands hochgradig vom Osten abhängig (etwa bei Getreide, Kartoffeln und Zucker) war, war dies relativ unwichtig¹⁶. Das Dokument kam zu dem Schluß, daß die Briten damit rechnen mußten, nicht weniger als 1,5 Millionen Tonnen Nahrungsmittel in ihre Zone zu importieren, um „disease and unrest“ zu verhindern. Übrigens kam man auf diese Zahl, weil man eine Tagesration von nur 1850 kcal pro Tag zugrundelegte: Wäre man von den höheren Kalorienwerten für die Deutschen nach Plan A ausgegangen, so hätten die Berechnungen eine noch größere Diskrepanz zwischen heimischem Ertrag und Verbrauch ergeben.

Der Bericht war für Stopford das Signal, seine Vorgesetzten von dieser bedrohlichen Sachlage in Kenntnis zu setzen. Er trug die Angelegenheit umgehend Generalmajor Kirby, dem Director of Civil Affairs (DCA), vor. DCA wiederum schrieb an Sir William Strang, den britischen Vertreter in der European Advisory Commission,

¹² Ernährungswirtschaftliche Lage – Stichtag 24. Februar 1945; Bundesarchiv Koblenz, R. 14/102.

¹³ Zu dessen Entstehung und Aufgaben siehe Donnison, *Civil Affairs*, S. 67.

¹⁴ Memorandum „The Administrative System of Germany“, 10. Februar 1944; PRO, FO 943/441.

¹⁵ Bericht an Troutbeck, Foreign Office, German Section, 22. Februar 1944, und Protokoll Stopford, 26. Februar 1944, ebenda.

¹⁶ Das Gebiet der späteren drei westlichen Zonen hatte 1935–1938 im Durchschnitt jährlich etwa 1,6 Mill. Tonnen Nahrungsmittel aus Ostdeutschland erhalten, hauptsächlich Getreide und Kartoffeln. Bericht der British Control Commission, Bericht vom Januar 1947, Bd. 2 Nr. 1; PRO, FO 371/64 495.

und bat darum, sich jetzt mit der ganzen Angelegenheit zu befassen, da es ohne einen Interzonenhandel zu allen möglichen unangenehmen Konsequenzen bei der Lebensmittelversorgung des besetzten Deutschlands kommen würde. Strang teilte diese Ansicht. Er griff auch noch einen anderen Punkt des Dokuments über die Frage der Lebensmittelverteilung nach dem Krieg auf. Strang hielt es nämlich für ziemlich kurzsichtig, von der Möglichkeit einer Selbstversorgung für eine wie auch immer gearbete britische Zone auszugehen – und zwar sogar *ohne* die Barriere der Zonengrenzen¹⁷.

So kam es im April zu einer gemeinsamen Konferenz der mit diesen Problemen befaßten Experten: Dazu gehörten Beamte des Foreign Office, des War Office, des Ministry of Production (es war mit der Beschaffung des Nachschubs betraut), des Ministry of Food und des Economic and Industrial Planning Staff (EIPS). Man war anscheinend nicht in der Lage, zu irgendeiner definitiven Entscheidung zu gelangen, da die sowjetische Politik immer noch unklar war, aber man forderte einen Bericht für SLA an, der mit den früheren Vorschlägen und Erwägungen Stopfords und Strangs im Einklang stehen sollte¹⁸.

Der ursprüngliche Bericht wurde im War Office überarbeitet und dem Kabinett schließlich im Mai vorgelegt. Er enthielt keine Informationen, die nicht schon im Februar bekannt gewesen wären, aber der springende Punkt war, daß die ganze delikate Angelegenheit einer möglichen Verpflichtung, die Deutschen in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit Lebensmitteln zu versorgen, jetzt vor die Mitglieder des War Cabinet gebracht wurde¹⁹. Die Schwierigkeiten, die sich aus einer sowjetischen Besetzung bis zur Elbe ergeben würden, lagen jetzt offen zutage. Was besonders deutlich wurde, war die Tatsache, daß die Russen im nördlichen Iran bereits einen Präzedenzfall geschaffen hatten. Sie hatten dort nämlich den freien Lebensmittelnachschub in Gebiete unter britischer und amerikanischer Kontrolle untersagt. Die Zeichen für Deutschland standen nicht gut²⁰. Insgesamt handelte es sich bei dem Bericht also um eine wirkungsvolle Aufforderung an die Kabinettsmitglieder, sich Gedanken über die Gefahr zu machen, die Deutschen in einer Welt, in der die Lebensmittel für die alliierte Bevölkerung knapp waren, ernähren zu müssen²¹.

Diese unangenehme Perspektive führte zu den vorhersehbaren Reaktionen. Besonders Llewellyn, Minister of Food, und Dalton, President of the Board of Trade, erhoben strikten Einspruch. Für jeden in Llewellyns Stellung lag es auf der Hand: Waren Lebensmittel knapp, dann mußte jede Lieferung nach Deutschland nicht nur die Rationen in den befreiten Gebieten, sondern auch in Großbritannien selbst schmälern. Genau dies Faktum war es dann auch, das Llewellyns Labour-

¹⁷ Bericht Stopford an Kirby, 15. März 1944, und Briefwechsel Kirby-Strang, 22. März 1944 und 3. April 1944; PRO, FO 943/441.

¹⁸ Bericht Stopford, 21. April 1944, für die Konferenz; PRO, FO 943/441.

¹⁹ Bericht SLA (44) 8, Nahrungsmittel für befreite Gebiete, 9. Mai 1944; PRO, CAB 87/38.

²⁰ Siehe Stopford an MacGregor, Ministry of Production, 9. Juni 1944; PRO, FO 943/441.

²¹ Zur Ernährungslage in den Westzonen nach 1945 vgl. J. Farquharson, *The Western Allies and the Politics of Food*, Leamington Spa 1985, insbes. die Kapitel 4–6.

Nachfolger, Sir Ben Smith und John Strachey, in der Nachkriegszeit heimsuchen sollte. Schon jetzt war klar, daß die Unterstützungsmaßnahmen für die Zivilbevölkerung sich zu einem äußerst schwierig zu handhabenden Problem entwickeln würden. Die Politiker befaßten deshalb ihre Beamten noch einmal mit dieser Angelegenheit und baten um weitere Vorschläge. Auf die Natur der daraufhin vorgelegten Empfehlungen läßt sich von Sir James Griggs Kommentar schließen, den er auf den neuen Entwurf schrieb: „Ich fürchte, das Papier wird im Kabinett einen ziemlich frostigen Empfang erleben.“²²

Das neue Dokument enthielt im Kern keine weiter reichenden Informationen über die zu erwartende Ernährungslage, nur eben den hier schon erwähnten Hinweis auf den um 10 Prozent niedrigeren Ertrag der deutschen Ernte. Neu dagegen waren die Schlußfolgerungen, die jetzt aus den Fakten gezogen wurden. Sie besagten schlicht und dramatisch, daß die Versorgung für die deutsche Zivilbevölkerung jene in Plan A zugrunde gelegten 2000 kcal pro Tag nicht erreichen würde. Das War Office schlug vor, eine Reihe von Entscheidungen als Grundlage für Sofortmaßnahmen zu treffen. So sollten etwa Vorkehrungen für die Schaffung einer allgemeinen Lebensmittelreserve getroffen werden, um einer möglichen Hungerepidemie während der Kampfhandlungen vorzubeugen. Parallel dazu sollte Großbritanniens Vertreter bei der Europäischen Beratenden Kommission scharf darauf drängen, daß Deutschland als wirtschaftliche Einheit behandelt würde. Das Kabinett sollte ganz genau über die Konsequenzen unterrichtet werden, falls die Lieferungen aus den ostdeutschen Nahrungsmittelüberschüssen ausbleiben würden. Es sollte ferner dem Combined Civil Affairs Committee in Washington die Anerkennung des Prinzips empfehlen, daß Hilfslieferungen für Deutschland im Bedarfsfalle verfügbar sein müßten. Dies alles entsprach zwar gesundem Menschenverstand, war zugleich aber eine politisch äußerst delikate Angelegenheit, und zwar sowohl in Anbetracht der öffentlichen Meinung in den Ländern der Alliierten als auch wegen der generellen Haltung der Minister, wie sie im SLA-Komitee am 11. Mai zum Ausdruck gekommen war. Ganz sicher würden die virulenten Empfindungen den Pragmatismus in arge Bedrängnis bringen.

Das Komitee „Supply Questions to Liberated and Conquered Areas“ stand am 5. Juli 1944, als das Papier vorgelegt wurde, vor keiner beneidenswerten Wahl²³. Oliver Lyttelton betonte, es bestehe „kaum eine Chance“, daß die Russen irgendwelche Lieferungen nach Westdeutschland schickten. Das könne, wie das Memorandum aufzeige, tatsächlich zu einer Hungerepidemie führen, falls keine Vorsorge getroffen würde. Den vom War Office umrissenen Vorschlägen zu folgen, bedeute nicht, von humanitären Regungen bewegt zu sein, sagte er, und die meisten Minister scheinen diese Argumentationslinie akzeptiert zu haben. Dalton und Llewellyn waren wiederum die Hauptopponenten und bestanden darauf, daß der Feind ganz entschieden erst nach Großbritanniens europäischen Verbündeten an die Reihe

²² Protokoll 5. Juni 1944 (PRO, FO 943/441), und SLA-Komitee, 11. Mai 1944 (PRO, CAB 87/38).

²³ Protokoll SLA-Komitee, 5. Juli 1944; angenommen wurde das Papier SLA (44) 12, Relief Supplies for Germany and Austria; PRO, CAB 87/38.

kommen könne. Die zwingende Argumentation ihres Vorsitzenden Lyttelton hat wohl dazu beigetragen, daß die SLA dann aber doch noch alle Vorschläge des War Office annahm. Wie Lyttelton betonte, waren zum gegenwärtigen Zeitpunkt konkrete Zahlen hinsichtlich der Hilfsmaßnahmen noch nicht erforderlich. Der springende Punkt sei vielmehr die prinzipielle Entscheidung dafür, daß eine Nahrungsmittelreserve angelegt werden solle. Sollte Eisenhower Lieferungen anfordern, werde man sie ihm ohnehin nicht verweigern können. Träfe eine solche Anforderung ein, und es existierten keine Kontingentierungspläne, dann werde man in dieser Angelegenheit einige Probleme bekommen. Da jedwede humanitären oder anderen Regungen des Gefühls noch immer weitgehend militärischen Erwägungen untergeordnet waren (sowie der unbedingten Notwendigkeit, „disease and unrest“ im Operationsgebiet zu verhindern), stimmten die Minister den Empfehlungen des War Office schließlich in allen Punkten zu. Das zögernde Einverständnis des SLA-Komitees beinhaltet keinerlei langfristige Verpflichtung, denn noch immer lag es im Dunkeln, wie die Besetzung schließlich konkret aussehen würde. Niemand konnte mit Sicherheit sagen, ob die sowjetische Regierung einen Nahrungsmitteltransfer erlauben würde oder nicht, wenn in Deutschland die Ordnung erst einmal wiederhergestellt war. Priorität hatte jetzt erst einmal, dem Prinzip der Hilfslieferungen für die deutsche Zivilbevölkerung als solchem zur Anerkennung zu verhelfen. Die britische Joint Staff Mission (JSM) in Washington wurde deshalb sofort angewiesen, die Angelegenheit dem Combined Civil Affairs Committee zur Kenntnis zu bringen und darauf zu dringen, die im Plan A für die Deutschen vorgesehenen Hilfslieferungen im Bedarfsfall zu genehmigen²⁴. Gleichzeitig wurde diese Frage vom britischen Delegierten vor die EAC gebracht. Damit war der Kabinettsausschuß der im Papier des War Office vorgeschlagenen Linie in allen Punkten gefolgt. In der European Advisory Commission würde also Druck auf die Russen ausgeübt werden, um von ihnen die Zusage eines Lebensmitteltransfers zu bekommen, und in der Zwischenzeit würden die Debatten in Washington hoffentlich auf eine Billigung der Anwendung von Plan A während der Periode der Kampfhandlungen hinauslaufen²⁵. Die britischen Minister packten den Stier bei den Hörnern. Eine andere Wahl blieb ihnen ohnehin nicht.

Ende Juni 1944 war es für eine Reihe britischer Minister und hoher Beamter vollkommen klar, welche Entwicklung in naher Zukunft eintreten würde. Die Lage war von dem oben erwähnten interministeriellen Bericht an das APW-Komitee umfassend und eindeutig analysiert worden. Die britische Besatzungszone würde wegen der Teilung Deutschlands ohne die Ernteüberschüsse aus dem Osten auskommen müssen, ihr eigener Agrarertrag sich kaum auf gewohnter Höhe halten lassen. Diese Auffassung basierte auf der Vermutung, daß es schwierig werden würde, Arbeitsdisziplin unter den Bauern zu erzwingen, wenn der Ansporn, für den deutschen Sieg

²⁴ Telegramm JSM an War Office, 29. Juli 1944; PRO, FO 943/441.

²⁵ Siehe das undatierte Papier des War Office, Unterstützung für Deutschland, Dezember 1944; PRO, FO 942/141.

zu arbeiten, erst einmal entfallen war. Wie das erwähnte Memorandum des Ministry of Economic Warfare vom 22. Februar 1944 dargelegt hatte, war auch die landwirtschaftliche Struktur in Westdeutschland der Durchsetzung von Anordnungen nicht eben förderlich. Nicht nur, daß die meisten Höfe ziemlich klein waren, sie lagen auch in nächster Nähe der städtischen Zentren des Ruhrgebiets; das würde den Schwarzhandel natürlich sehr erleichtern.

Die Besatzungsmacht stand also vor der Perspektive, daß sich mit dem Menschenstrom aus dem Osten die Anzahl der zu stopfenden Mäuler noch erhöhen würde, während die Erträge der Zone sinken und die Lieferungen aus Ostdeutschland ganz ausbleiben würden. Kamen keine Lieferungen aus dem Osten herein, dann „wäre die Verhinderung einer Hungersnot im Rheinland ein noch ernsteres Problem als 1919 und genauso unumgänglich wie damals“²⁶. In Whitehall gab es einen wahren „Plumer-Komplex“. Denn nach dem Ende des Ersten Weltkriegs war die britische Besatzungsmacht im linksrheinischen Gebiet Zeuge von Verzweiflungsszenen in der hungernden deutschen Zivilbevölkerung geworden. Das hatte auf die Moral der britischen Truppen eine solche Wirkung gehabt, daß deren Disziplin gefährdet war. Der Oberkommandierende Plumer hatte deswegen an Lloyd George telegraphiert. Diese Intervention wurde gegen Ende des Zweiten Weltkrieges in Whitehall wieder und wieder beschworen. Auch wenn die Verhinderung von „disease und unrest“ das Hauptanliegen der Briten war, so spielte als zusätzlicher Faktor doch auch die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Garnisonen ständig eine Rolle. Bemerkenswert ist, daß Sir Arthur Salter, Abgeordneter der Universität Oxford, diese Dinge in der Unterhausdebatte am 28. März 1945 zur Sprache brachte als einer, der dabeigewesen war, als das berühmte Telegramm Lloyd George übergeben worden war. Aus eigenem Erleben konnte er bezeugen, welchen Eindruck diese Depesche seinerzeit gemacht hatte. Die Plumer-Intervention verfolgte die für die Besetzung Verantwortlichen regelrecht. So sagte etwa Sir Brian Robertson, der Stellvertretende Militärgouverneur, zu einem Politiker, der ihm einen Besuch abstattete, er sei sich sicher, daß noch vor dem nächsten Winter „ein weiteres Plumer-Telegramm“ abgesandt werden würde²⁷.

Bis hierher haben wir uns aus praktischen Gründen nur mit der einen Seite der Angelegenheit befaßt. Aber auch anderswo entwickelten sich die Dinge nun sehr rasch, und zwar in dieselbe Richtung. Im Juni hatte General Eisenhower, der Oberkommandierende der alliierten Armeen, nämlich in einem Telegramm an die amerikanisch-britischen Combined Chiefs of Staff (CCOS) in Washington Richtlinien hinsichtlich der Verteilung von Hilfsgütern erbeten²⁸. Er ging dabei von Plan A aus: Galt er auch für die Deutschen, und wenn ja, für die gesamte Bevölkerung? (Dies war es gewesen, was zum Entschluß des SLA beigetragen hatte, die Frage mit den

²⁶ Bericht des Interdepartmental Committee (wie Anm. 11), Anhang II, S. 33 ff.

²⁷ Protokoll des Foreign Office, 24. September 1945, über ein Gespräch zwischen Robertson und P. Noel-Baker, Minister of State; PRO, FO 371/46 884.

²⁸ Telegramm an CCOS (für CCAC), 22. Juni 1944; PRO, FO 943/441.

Amerikanern zu erörtern²⁹.) Hinzu kam die Erkenntnis, daß die Russen wohl kaum eine rasche Stellungnahme zu dieser Frage, als sie in der EAC zur Sprache kam, abgeben würden³⁰. Entstand, während alle auf deren Antwort warteten, eine Versorgungslücke, dann lief man Gefahr, daß das Militär Nahrungsmittel aus befreiten Gebieten nach Deutschland – waren dessen Grenzen erst einmal überschritten – transportieren ließ. Das mußte zu einer peinlichen politischen Situation führen. Man befürchtete nämlich, daß die Truppenkommandeure, die im besetzten feindlichen Gebiet, aber nicht in den befreundeten Ländern für Recht und Ordnung verantwortlich waren, Deutschland aus naheliegenden Gründen den Vorrang einräumen würden. Da dies aber genau das Gegenteil dessen war, was die Politiker wollten, war es dringend geboten, mit den Amerikanern zu irgendeiner Übereinkunft zu kommen und die Frage dann dem Kabinett vorzulegen³¹. Dann würde wenigstens von den Westalliierten eine einheitliche Linie verfolgt.

Tatsächlich schwenkten die Amerikaner bald auf diesen Kurs ein. Zweifellos war die wenig einladende Aussicht, inmitten einer abgestumpften und hungernden Bevölkerung Krieg führen zu müssen, der ausschlaggebende Grund dafür, daß die Combined Chiefs of Staff in Washington das Prinzip der Hilfeleistung auch für Deutschland akzeptierten. Als Antwort auf Eisenhowers Telegramm gaben sie – noch bevor die deutsche Grenze irgendwo überschritten war – die Erlaubnis, Hilfsgüter auch in diesem Sinne zu verwenden. Der Autorisierung zur Ausgabe solcher Lebensmittelreserven lagen drei Prämissen zugrunde: Die Zuständigkeit von SHAEF ende mit der Auflösung des Alliierten Oberkommandos; die Verhütung von „disease and unrest“ sei Vorbedingung jeglicher Lieferung; schließlich sollte Eisenhower seiner Planung die Annahme zugrunde legen, daß aus Ostdeutschland in nächster Zeit nichts zu haben sein würde³². Das Telegramm der Combined Chiefs of Staff zeigte, daß der Forderung des War Office nach Errichtung einer Lebensmittelreserve für den Bedarfsfall entsprochen worden war. Die Briten brauchten sich keine Sorge darüber zu machen, daß die militärischen Operationen, waren die Truppen erst einmal in Deutschland eingedrungen, behindert werden würden. Damit waren sie immerhin einer schweren Sorge ledig, auch wenn die Verteilung selbst noch nicht genehmigt war.

Diese Entwicklung war aber leider wenig hilfreich für einen anderen Problemkomplex, mit dem sich die britischen Minister Mitte 1944 befaßten. Dabei handelte es sich um die in den verschiedenen Berichten an das „Supply Question to Liberated and Conquered Areas“-Komitee und das „Armistice and Postwar Committee“ erwähnte Bereitstellung von Nahrungsmitteln für die eigentliche Besatzungszeit nach dem Ende der Kampfhandlungen. Man wußte sehr gut, daß die Lieferungen vermutlich eine lang anhaltende Verpflichtung werden würden. Aber man war im

²⁹ Siehe Bericht Stopford, 3. Juli 1944, der dies behandelt, ebenda, (vgl. auch Anm. 23).

³⁰ Bericht Grigg, 5. Juni 1944, ebenda.

³¹ War Office, Principal Under Sec., an Grigg, 5. Juli 1944, ebenda.

³² CCOS an SHAEF, 20. August 1944, ebenda.

APW anscheinend geteilter Meinung darüber, ob die Sowjetunion Nahrungsmittel in den Westen schicken würde oder nicht. Dies wurde klar als Angelpunkt der ganzen Angelegenheit erkannt. Llewellyn war aus schon genannten Gründen entschlossen, nach Möglichkeit ohne Hilfe von außen durchzukommen. Er glaubte, das werde sich machen lassen, indem die Produktion in der künftigen britischen Zone hochgetrieben und das existierende Verteilungssystem beibehalten würde. Andere waren weniger optimistisch. R. S. Hudson, Minister of Agriculture, meinte, in den städtischen Ballungsgebieten werde es eine Hungersnot geben. A. V. Alexander, First Lord of the Admiralty, glaubte nicht daran, daß die Russen auch nur das geringste in den Westen liefern würden. Da deren Haltung letztendlich von ausschlaggebender Bedeutung war, blieb dem Komitee nichts anderes übrig, als den erwähnten Briefentwurf des britischen EAC-Mitglieds Sir William Strang zu billigen, in dem der Vorschlag gemacht wurde, Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen als eine Einheit zu behandeln³³.

Im Sommer war es weitgehend klar, daß auf die britische Besatzungsmacht womöglich sehr große Verpflichtungen zukommen würden, falls die UdSSR die Sache verschleppten. Bei diesem Stand der Dinge unternahm der Stellvertretende Premierminister Attlee einen energischen Versuch, die Regierung vom Rande des Abgrunds, der sich vor ihr zu öffnen schien, wegzuführen. Schließlich mußten Lebensmittellieferungen für Deutschland alle möglichen Auswirkungen auf ein vom Krieg geschwächtes Großbritannien haben, und dies in einer Welt, in der die Lebensmittel knapp sein würden und in der vermutlich sowohl die eigenen Verbündeten wie auch die britische öffentliche Meinung energisch gegen Hilfsmaßnahmen für das geschlagene Deutschland protestieren würden.

Attlees Ausgangspunkt war, daß die Dokumente, die jetzt dem Kabinett vorgelegt wurden, stets davon auszugehen schienen, daß in Deutschland nach der Kapitulation so bald wie möglich normale Verhältnisse wiederhergestellt werden sollten. Zu diesem Zweck sollten also Nahrungsmittel und andere der Wiederbelebung der Wirtschaft dienende Güter dorthin geschickt werden. Attlee fragte nun, ob nicht andere Prioritäten zu setzen seien. Das Hauptaugenmerk solle der völligen Ausrottung des Nationalsozialismus gelten, und sei es auf Kosten vorübergehender wirtschaftlicher Turbulenzen. Das solle nicht heißen, sagte er, daß er solche Zustände herbeiwünsche, doch sei er, falls dies der Preis für die Ausmerzung der Hitler-Ideologie sei, bereit, diesen auch zu zahlen.

Außenminister Eden antwortete sofort darauf. Sein Hauptargument war, der gesunde Menschenverstand lege es nahe, daß ein Chaos im Nachkriegsdeutschland die Ausmerzung des Nationalsozialismus eher vereiteln als fördern würde. Er bezog sich dabei auf seine eigene, drei Jahre zurückliegende Rede, in der er vor den Gefahren für Europa gewarnt hatte, die von einem hungernden und bankrotten Deutschland ausgehen könnten. Eden wies also den Gedanken als unhaltbar zurück, welche Kosten auch immer im wirtschaftlichen Bereich in Kauf zu nehmen,

³³ Protokoll APW-Komitee, 20. Juli 1944; PRO, CAB 87/66.

um der politischen Umerziehung den Vorrang zu geben. Dabei berührte er auch einen Punkt, den der Staatssekretär im Kriegsministerium einige Monate später betonen sollte, den Punkt nämlich, daß das Schauspiel eines darbedenden Deutschland schädliche Auswirkung auf die Moral und Disziplin der britischen Truppen haben müsse; das werde den Besatzungszielen kaum dienlich sein³⁴. Hier meldete sich einmal mehr der „Plumer-Komplex“. Eden bezog sich zwar nicht auf jenes Telegramm, er kannte es vielleicht nicht einmal, aber er ging explizit auf das Rheinland im Jahr 1919 als ein abschreckendes Beispiel dafür ein, was alles geschehen könne. Von daher rührt die emotionale Beschreibung von Besatzungssoldaten mit „englischen {sic!} Herzen“.

Eden hatte die erste Runde klar gewonnen. Jedenfalls hatten SLA und APW jetzt im Prinzip die Schaffung einer Nahrungsmittelrücklage für Deutschland akzeptiert. Im übrigen ist die Beobachtung ganz interessant, wie leicht hin Attlee bereit gewesen wäre, chaotische Zustände im Nachkriegsdeutschland hinzunehmen. Bald darauf, als Chef der neuen Labour-Regierung, sollte er eine beachtliche Gleichgültigkeit gegenüber Nachrichten von der schlechten Ernährungslage in der britischen Zone an den Tag legen³⁵. Es ist an anderer Stelle darauf hingewiesen worden, wie anti-deutsch einige führende Labour-Politiker damals eingestellt waren³⁶.

Nun, nachdem die Gewährung von Unterstützungsleistungen im Prinzip konzediert war, mußte mit Schätzungen dazu begonnen werden, wieviel konkret benötigt würde. Die Angelegenheit wurde dadurch noch dringlicher, daß der sowjetische Delegierte in der EAC keine Anstalten machte, sich zu dem Wunsch zu äußern, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln³⁷. Die Haltung der UdSSR mußte zwar nicht unbedingt Ablehnung bedeuten, aber sie schuf im Westen doch erhebliche Unsicherheit und machte damit die Notwendigkeit von Lieferungen aus Übersee um so wahrscheinlicher.

Das alles lag klar auf der Hand. Dennoch schien SHAEF merkwürdig zurückhaltend darin, irgendwelche vernünftigen Zahlen über die Größenordnung des Lebensmittelvorrates zu liefern, der zur Einrichtung des Reserve-Pools benötigt würde. Ein Grund dafür war wohl die Unsicherheit darüber, wann genau Deutschland kapitulierte. Würde die Kapitulation noch im Herbst 1944 kommen, dann – so hoffte SHAEF immer noch – würde vielleicht die deutsche Ernte ausreichen³⁸. Als die Hoffnungen auf ein frühes Kriegsende geschwunden waren, mußte diese Ansicht

³⁴ Berichte an APW-Komitee, 11. und 19. Juli 1944; PRO, CAB 87/67. Zu Griggs Ansicht über die Auswirkung des Hungers in Deutschland auf die Disziplin der britischen Armee siehe SLA (44) 15, Dezember 1944; PRO, FO

³⁵ Das galt auch für die Kabinettsmitglieder Chuter Ede, Home Secretary, und Ellen Wilkinson, Minister of Education; Protokoll der Kabinettsitzung am 30. Oktober 1945; PRO, CAB 128 (1).

³⁶ Siehe F. Jerchow, *Deutschland in der Weltwirtschaft 1944–1947*, Düsseldorf 1978, S. 66, und A. Bullock, Ernest Bevin: *Foreign Secretary 1945–51*, London 1985, S. 90, und Tyrell, *Großbritannien*, S. 172 ff.

³⁷ Siehe undatiertes Papier des War Office, *Relief Supplies for Germany*, Dezember 1944; PRO, FO 942/142.

³⁸ Bericht War Office (CA 18), 7. September 1944; PRO, FO 943/441.

revidiert werden. Jetzt wurden Forderungen angemeldet, die auf der Annahme basierten, der Konflikt werde im Frühjahr 1945 beendet sein. Die Menge an Lebensmitteln wurde auf 237 000 t geschätzt, von denen 146 000 t für die deutsche Zivilbevölkerung bestimmt waren; der Rest war für Displaced Persons vorgesehen³⁹. Dies Quantum sollte von November 1944 bis zum Mai 1945 reichen, was allerdings eine völlig unzureichende Schätzung war. Das Ministry of Economic Warfare in London wies sie deshalb als absolut nicht diskussionswürdig zurück⁴⁰.

Dies alles war ziemlich seltsam. Schließlich hatte SHAEF selbst die Aufteilung in Zonen erwähnt und darauf hingewiesen, was diese Tatsache auf lange Sicht für Westdeutschland bedeuten mußte. Wegen der in diesen Gebieten während der Kämpfe zu erwartenden Nahrungsmittelknappheit hatte Eisenhower die Versorgungsfrage vermutlich im Juni 1944 vor die Combined Chiefs of Staff gebracht. Und wie wir gesehen haben, lag deren Autorisierung der Anforderung unter anderem die Überlegung zugrunde, daß Überschüsse aus dem Osten nicht verfügbar sein würden. Die Anforderung nur einer so lächerlichen Lieferung von 146 000 t für sechs Monate kann nur politisch erklärt werden: Lebensmittel für die Deutschen, Hilfe für den Feind, das war angesichts der öffentlichen Meinung eine höchst delikate Angelegenheit.

Das zeigte sich sehr deutlich in der Haltung des War Department in Washington. Den militärischen Stellen in London lag sehr daran, die Beschaffung in Angriff zu nehmen, sobald die Anforderung von SHAEF vorlag⁴¹. Das War Department erkannte natürlich, wie heikel die Angelegenheit war, und begann die Beschaffung zu verschleppen. Die Briten fanden das „unsatisfactory“. Der britische Verbindungsstab in den Vereinigten Staaten war davon überzeugt, daß die Ursache für diese Zögerlichkeit einfach darin lag, daß die Angelegenheit in den USA politisch nicht akzeptabel war⁴².

Außerdem wurde die Widerwilligkeit des War Department nun in dessen Berechnungen des deutschen Lebensmittelbedarfs offenbar. Zunächst wurde in den Plänen für die ersten sechs Monate der militärischen Besetzung beschlossen, die Tagesration für die deutsche Zivilbevölkerung von 2000 auf 1800 kcal zu reduzieren. Dahinter steckte die klare Erkenntnis der politischen Notwendigkeit, die Deutschen scharf von den alliierten Nationen abzuheben, für die es bei den in Plan A vorgesehenen 2000 kcal bleiben sollte. Aber selbst auf dieser Basis würde die für Westdeutschland benötigte Gesamtmenge an Nahrungsgütern 781 000 t betragen (505 000 t für den Nordwesten, 276 000 t für den Süden)⁴³. Diese Zahlen stimmten in etwa mit den im Juli dem SLA-Komitee vorgelegten Aufstellungen überein. Mit der Anforderung von SHAEF über 146 000 t hatten sie wenig gemein. Es spricht Bände für die Brisanz der ganzen Frage, daß das War Department sich sträubte,

³⁹ Telegramm an CCAC, 26. August 1944, ebenda.

⁴⁰ Bericht R. F. Kahn, Ministry of Production, 22. September 1944; PRO, BT 25 16 RG 163/19.

⁴¹ Bericht an War Office, Principal Under Sec., 27. September 1944; PRO, FO 943/441.

⁴² JSM Washington an War Office, 15. September und 20. Oktober 1944, und Bericht War Office (CA 11), Oktober 1944, ebenda.

⁴³ JSM Washington an War Office, 27. September 1944, ebenda.

offiziell zu seinen eigenen Schätzungen zu stehen, obwohl es gewußt haben muß, daß sie realistischer waren als die von SHAEF.

So erschien zeitgenössischen Beobachtern einiges an der Art, wie SHAEF die Dinge handhabte, sehr unbefriedigend. Im November äußerte bereits ein Beamter des Ministry of Production sein Unbehagen an der Langsamkeit und der offenbaren Interessenlosigkeit, die in alliierten Hauptquartieren herrschten. Wie er im November 1944 betonte, waren Soll-Zahlen schon längst erarbeitet, aber erst jetzt habe SHAEF geruht, die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, daß der Vormarsch der siegreichen Truppen nach Deutschland hinein Hunger und Not auslösen werde, weil einige Gebiete von ihrer gewohnten Versorgung abgeschnitten würden⁴⁴. Das mag etwas unfair klingen, doch schon zwei Wochen danach legte SHAEF zu den Hilfslieferungen für Deutschland plötzlich eine überarbeitete Schätzung vor, die dessen frühere Anforderungen von 237 000 t Lebensmitteln auf nunmehr 219 000 t kürzte. Diese Kürzung war durch die Absenkung der Basisration für Deutsche von 2000 kcal auf jetzt lediglich noch 1500 kcal pro Tag geglückt. Das entsprach jenen bekannten 146 000 t. Die Displaced Persons sollten nach wie vor 2000 kcal, also den Rest von 73 000 t erhalten⁴⁵.

Das war eine recht eigentümliche Entwicklung, vor allem war ein Satz von 1500 kcal unzureichend. 1500 kcal waren das absolute Minimum an Nahrungsaufnahme, mit Sicherheit jedenfalls nicht genug, um nach dem Ende der Feindseligkeiten an irgendeine Form des industriellen Wiederaufbaus zu denken; das merkten die Briten zu der neuen Skala auch sofort an⁴⁶. Wieder zeichnete sich der Konflikt zwischen Sentiments und Pragmatismus ab. Es war offensichtlich, daß die Rationen für die Deutschen gekürzt worden waren, um jedem möglichen politischen Einwand zuvorzukommen, der sich in Großbritannien oder den USA gegen diese Art von „aid to the enemy“ erheben mochte. Doch wenn die Alliierten Reparationen wollten, dann würde den Deutschen mehr an Lebensmitteln bewilligt werden müssen als diese 1500 kcal⁴⁷. Selbst mit den jetzt angesteuerten niedrigeren Werten bestand zwischen den SHAEF-Anforderungen und der Schätzung des War Department vom September 1944 in Höhe von 781 000 t auf jeden Fall eine eklatante Diskrepanz. In Whitehall kursierten jetzt obendrein noch höhere Schätzwerte, die die SHAEF-Kalkulationen vollends absurd erscheinen ließen. Sie fanden sich in einem Bericht des Ministry of Food, in dem darauf hingewiesen wurde, daß sich der Fehlbetrag allein für Nordwestdeutschland (nach den geltenden Rationierungswerten) im laufenden Erntejahr gut und gerne auf 2,5 Millionen Tonnen summieren könne⁴⁸.

⁴⁴ R. F. Kahn, Memorandum, 8. November 1944; PRO, BT 25 16 RG 163/19.

⁴⁵ Zu Telegramm an CCAC, 22. November 1944, siehe SLA (44) 15, 22. Dezember 1944; PRO, CAB 87/38.

⁴⁶ Grigg an SLA-Komitee, 5. Dezember 1944, ebenda.

⁴⁷ Für die Bedeutung der Reparation vgl. das EIPS-Papier „Possibilities of carrying on the Economic Administration of Germany on a Regional Basis“, 27. September 1944, PRO; FO 942/40.

⁴⁸ Bericht W. Klatt, Ministry of Food, Regional Food Surpluses and Deficiencies in Germany 1944/45, 11. November 1944; PRO, FO 942/142.

Inzwischen war im Foreign Office beträchtliche Unruhe über den Gang der Dinge entstanden, nicht zuletzt auch wegen des Ausbleibens einer sowjetischen Antwort auf den britischen Vorschlag in der EAC, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln. Da das „Armistice and Postwar Committee“ jenen Brief bereits im Juli gebilligt hatte, war die sowjetische Haltung ziemlich ominös. Die Chance, für das industrialisierte Westdeutschland Lebensmittel aus der künftigen sowjetischen Zone zu erhalten, schien rasch zu schwinden. In Whitehall war deshalb eine gemischte Arbeitsgruppe gebildet worden, die statistische Daten über das voraussichtliche Ausmaß der Hilfslieferungen vorlegen sollte. Offenbar waren diese Statistiken so verwirrend, daß der „Economic and Industrial Planning Staff“ auf Initiative des Foreign Office eine eigene Arbeitsgruppe einsetzte. Bezeichnenderweise sollte deren Papier die Ernährungssituation für die nächsten eineinhalb Jahre nach der Kapitulation in Betracht ziehen. Auszugehen war von der Annahme, daß im besetzten Deutschland die heimische Nahrungsmittelerzeugung um 10 bis 20 Prozent zurückgehen werde, aus dem Osten Flüchtlinge in die westlichen Gebiete einströmten und Lieferungen aus Ostdeutschland völlig ausfielen. Als Zeitpunkt der Kapitulation sollte Ende März 1945 angenommen werden⁴⁹.

Jetzt wurde endlich ein gewisses Maß an Realismus in die Debatte eingebracht. Um eine Art Koordination zu erreichen, kamen zwei SHAEF-Offiziere zu Konsultationen nach London, denn Eisenhower hatte zum 10. November einen Bericht angefordert. Es wurde umgehend eine EIPS-Konferenz einberufen⁵⁰. Die verfügbaren Daten waren kaum beruhigend, wie deren Vorsitzender, Mark (später: Sir Mark) Turner, darlegte⁵¹. Berichte des Geheimdienstes besagten, daß die Ernte in Deutschland 1944 schlecht ausgefallen und daß das System der Lebensmittelbewirtschaftung stärker zerrüttet sei, als bislang bekannt. Nach dem Urteil Turners würden Hilfslieferungen erforderlich sein, um die Inflation zu bekämpfen und eine Besetzung überhaupt erst zu ermöglichen. (Dies lag ganz auf der Linie der Bemerkungen Edens vom 19. Juli 1944.) Jetzt sollten die Minister über all dies unterrichtet werden. Danach wurde in der Konferenz bekanntgegeben, daß das War Office noch ein weiteres Papier zu diesem Gegenstand für das Combined Civil Affairs Committee in Washington vorbereite. Darin war der geschätzte Bedarf an Nahrungsgütern für Süd- und Westdeutschland in den ersten sechs Monaten der Besetzung mit 408 000 t angegeben; der Bericht rechnet nicht mit Lieferungen aus dem Osten. Bei dieser Schätzung waren noch nicht einmal eine – wegen des Flüchtlingszustromes – gestiegene Bevölkerungszahl oder eine Katastrophe bei Einbringung und Verteilung der deutschen Ernte berücksichtigt.

Es ist höchst bezeichnend für die Brisanz der Angelegenheit, daß die versammelten Beamten selbst jetzt die Zeit noch nicht für gekommen hielten, Hilfsmaßnahmen

⁴⁹ Protokoll, 1. November 1944; PRO, BT 16 RG 163/19.

⁵⁰ Dazu das Protokoll vom 6. November 1944; ebenda.

⁵¹ Turner sollte später Principal Under Secretary im Control Office für Deutschland und Österreich in Norfolk House werden; vgl. Tyrell, Großbritannien, S. 631.

für Deutschland zu verlangen. Eindeutigen Vorrang hatte die Ernährungssituation der europäischen Verbündeten Großbritanniens, und das hieß: „Germany last“. So verständlich diese Einstellung in politischer Hinsicht sein mochte, so verzögerte sie eine notwendige Entscheidung doch nur, anstatt eine Lösung anzubieten. Früher oder später würden die Briten einen Entschluß fassen müssen, denn – wie Turner betont hatte – Hilfslieferungen für Deutschland konnten schlicht deshalb erforderlich werden, um das Funktionieren einer Besetzung überhaupt erst zu ermöglichen. Aber wahrscheinlich nahm man an, die Sympathiegefühle für die europäischen Verbündeten würden bald nur noch ein Faktor zweiten Ranges sein. Eine Verschiebung der Entscheidung würde zudem die Logik, die der britischen Position zugrundelag, in keiner Weise ändern. Weder die militärischen Operationen noch die darauf folgenden eigentlichen Besetzungsaufgaben konnten ohne Nahrungsmiteleinfuhr durchgeführt werden, was immer die Alliierten oder die öffentliche Meinung auch bewegen mochte. Der zweite Grund für einen Aufschub ergab sich eher nebenher in Zusammenhang mit dem Krieg im Pazifik. Roosevelt würde die Masse des verfügbaren Schiffsraumes ohnehin dafür beanspruchen⁵². Das war fraglos eine richtige Vermutung, es änderte aber nichts an der Tatsache, daß die Briten ihre Prioritäten hinsichtlich der Alliierten und hinsichtlich ihrer geschlagenen Feinde letzten Endes doch würden setzen müssen.

Zwar tauchte im Zusammenhang mit der EIPS-Konferenz eine neue SHAEF-Anforderung auf, aber sie war angesichts der auf der Konferenz erwähnten 408 000 t ebenfalls eindeutig unzureichend. Sonst scheint nichts Wesentliches in dieser Diskussion herausgekommen zu sein, wenn man von ihrer Bedeutung für den Historiker, für den sie durchaus erhellend ist, absieht. Nach dem Eindruck der zuständigen Beamten schienen sich die Politiker immer noch zu scheuen, die Frage der Hilfsmaßnahmen für Deutschland in großem Maßstab in Angriff zu nehmen. Immerhin brachte die erwähnte überarbeitete Anforderung mit dem Datum des 22. November 1944 einiges in Gang. Für das War Office wurde das Problem der Beschaffung nun allmählich dringend, da die alliierten Truppen wohl spätestens im Frühjahr die deutsche Grenze auf breiter Front überschreiten würden. Es schickte deshalb ein Memorandum an das „Supply Question to Liberated and Conquered Areas“-Komitee, in dem darauf gedrängt wurde, die Anforderung des Militärs über 146 000 t Lebensmittel für die Deutschen zu akzeptieren. Sir James Grigg unterbreitete diesen Vorschlag, und die Ministerrunde nahm ihn am 4. Januar 1945 an⁵³. Es muß betont werden, daß sich diese Anforderung des Alliierten Oberkommandos lediglich auf die Phase militärischer Operationen bezog und der Verhinderung von „disease and unrest“ dienen sollte. Die von Turner und anderen zur Sprache gebrachten vorhersehbaren Probleme in der Zeit nach der Kapitulation waren für die Politiker noch immer kein Thema. Das hilft erklären, weshalb sich SLA zur Billigung der Schätzung bereitfand, obwohl eine Grundration von 1500 kcal pro Tag

⁵² Protokoll, 29. November 1944; PRO, FO 942/142.

⁵³ Siehe Anm. 45, SLA (44) 15; siehe auch Protokoll SLA-Komitee, 4. Januar 1945; PRO, CAB 87/38.

für die deutsche Zivilbevölkerung als „gerade genug“ dafür beschrieben wurde, „um Leib und Seele zusammenzuhalten“; für körperliche Arbeit reiche das aber nicht aus.

Für die Regierungsvertreter war dieser letzte Punkt unerheblich; sie unterhielten sich nur darüber, wie die Deutschen bis zur Kapitulation mit einer Mindestration am Leben zu erhalten seien. Danach würden die Russen ja vielleicht doch noch Lebensmittel nach Westen schicken oder es mochten Lieferungen aus dem Donaubecken zu haben sein, wenn Deutschland erst einmal der Viermächtekontrolle unterworfen war. Da bis dahin einige Lieferungen aus militärischen Gründen unumgänglich waren, wie Grigg betonte, hatte das Komitee wenig Bedenken, die Vorschläge des War Office, in denen die Anforderung von SHAEF vom 22. November enthalten war, anzunehmen. Das geschah mit der Maßgabe, daß die Hilfslieferungen für die Deutschen jene für die europäischen Verbündeten nicht überstiegen. Unter diesen Gegebenheiten wurde die revidierte Menge von 146 000 t von Lyttelton als „vernünftig“ empfunden, und dieser Glaube behielt die Oberhand. Grigg wurde beauftragt, die britischen Delegierten beim CCAC dahingehend zu instruieren, daß die Bezahlung dieser Hilfslieferungen die erste Forderung an die deutsche Wirtschaft sein würde⁵⁴.

Mit den Beschlüssen dieser Konferenz war man um zwei entscheidende Schritte weitergekommen. Die Beschaffung konnte nun vonstatten gehen, nachdem „Supply Question to Liberated and Conquered Areas“ jetzt über die bereits am 5. Juli 1944 erfolgte prinzipielle Billigung von Hilfslieferungen hinausgegangen war. Außerdem war hinsichtlich der Finanzierung deutscher Importe ein Präzedenzfall geschaffen worden. Als die Viermächtekontrolle etabliert war, sollte sich die Forderung nach sofortiger Verrechnung dieser Importe mit anderen Lieferungen der deutschen Wirtschaft als ein Haupthindernis in der Frage der Reparationen für die UdSSR erweisen – was aber nicht heißen soll, daß die Briten im Unrecht waren.

Trotz allem hatte die Diskussion vom 4. Januar 1945 aber auch jetzt noch einige unwirkliche Züge. Wie wir gesehen haben, ruhte die von den Ministern gebilligte Anforderung auf höchst schwankendem Grund, falls die UdSSR keine Nahrungsmittel in den Westen lieferte. Da sie in der EAC nach wie vor nicht auf den Vorschlag geantwortet hatte, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, war die vom Kabinett noch immer gehegte Hoffnung mittlerweile sehr schwach geworden. Über die Höhe der notwendigen Hilfslieferungen für den Fall, daß die Russen nicht mitspielten, gab der Bericht eines anglo-amerikanischen ad-hoc-Komitees vom Dezember 1944 Aufschluß. Funktionäre der deutsche Binnenaustausch nicht, dann sei die Notlage sogar noch ernster, als sie im Klatt-Bericht beschrieben wurde⁵⁵. Das

⁵⁴ Zu den letzten Punkten siehe SLA (45) 2, 17. Januar 1945; PRO, FO 943/143. Siehe auch J. Foschepoth, Konflikte in der Reparationspolitik der Alliierten, in: ders. (Hrsg.), *Kalter Krieg*, S. 175 ff.

⁵⁵ Bericht des englisch-amerikanischen Ad-hoc-Komitees, Dezember 1944, zit. bei W. Klatt, *Progress of agricultural recovery of Germany*, in: *Proceedings of the 7th International Conference of Agricultural Economists*, 1950, S. 203; zum Klatt-Bericht vgl. Anm. 48.

SLA-Komitee hatte also „vernünftigen“ Forderungen zugestimmt, die so gut wie sicher unrealistisch waren. Dessen Mitglieder hatten bei ihren Diskussionen zwar ganz klar zwischen der Phase militärischer Operationen und der Zeit nach der Kapitulation unterschieden, aber für die Nachkriegsphase hatten sie keine Vorsorge getroffen.

Diese Unterscheidung war auf Griggs Vorschlag hin gemacht worden und von den SLA-Mitgliedern gebilligt worden⁵⁶. Das trug nicht nur wesentlich dazu bei, die SHAEF-Anforderung genehmigt zu bekommen, es hatte auch noch eine wichtige andere Konsequenz. Eden hatte ursprünglich gefordert, die ganze Angelegenheit sofort dem War Cabinet vorzulegen, aber die Minister fanden das unnötig, da Grigg die Frage der Hilfsleistungen in der Zeit nach Beendigung der Kämpfe später zur Debatte stellen würde. Kurz, das Hauptproblem war auf die lange Bank geschoben worden, und die von SLA getroffene Entscheidung trug selbstverständlich dazu bei, den wahren Umfang der letztlich notwendig werdenden Hilfslieferungen zu verschleiern. Die Unterrichtung des Premierministers über die Sachlage wurde dadurch ebenfalls hinausgeschoben, wenn auch nicht für lange.

Churchills persönlicher Berater, Lord Cherwell, machte das begrenzte Ausmaß der Unterstützung deutlich, als er den Premierminister das erste Mal darüber informierte, was nach der Konferenz der SLA geschah. Es diente ihm zur Erklärung dafür, weshalb die Angelegenheit nicht dem War Cabinet unterbreitet worden war. Es wäre unbillig anzunehmen, daß er die Tragweite der Angelegenheit zu verschleiern versuchte. Cherwell wies in seinem Papier vielmehr ganz offen darauf hin, daß jegliche Hilfslieferung Verstimmung bei den britischen Verbündeten in Europa hervorrufen würde. Er ging sogar noch weiter, denn er machte Churchill noch auf eine ganz andere und weit unangenehmere mögliche Konsequenz aufmerksam. Selbst ausschließlich auf die Phase der militärischen Operationen beschränkten Hilfslieferungen, meinte er, könnten einen Präzedenzfall schaffen, den die Sowjetunion ausnützen könne: „Die Macht, Nahrungsmittel zu liefern oder zurückzuhalten – wobei wir dann für die Defizite aufkommen müßten –, wäre ein Trumpf in den Händen der Russen.“ Kaum überraschend, daß der Premierminister auf Cherwells Memorandum die Bemerkung schrieb: „Das gefällt mir nicht.“⁵⁷

Vor den Briten schien sich jetzt ein Abgrund aufzutun. Wie Cherwell angedeutet hatte, würde es schwierig sein, aus Übersee einen Ausgleich für die Lieferungen zu bekommen. Deshalb wären Lebensmittel aus dem Osten sehr willkommen, aber welchen politischen Preis würde man dafür zu zahlen haben? Hatte sich bis dahin noch irgendjemand in Whitehall Illusionen über die erforderlichen Mengen hingegeben, so wurden sie durch eine neue Anforderung des Alliierten Oberkommandos zer-

⁵⁶ Dies war möglicherweise Griggs Taktik, um die Zustimmung zu erhalten. Wie gezeigt wurde (vgl. Anm. 22), war er immer skeptisch gewesen, was die Haltung der Minister zur Hilfe für Deutschland betraf.

⁵⁷ Cherwell an Churchill, 30. Januar 1945, und Notiz Churchills, 13. Februar 1945; PRO, FO 943/441.

schmettert. Sie fiel zeitlich mit dem Bericht Cherwells zusammen, und sie forderte sage und schreibe 525 000 t Nahrungsmittel für die deutsche Zivilbevölkerung, und zwar allein für die drei Monate Juni bis August. Wenn man bedenkt, daß die Militärs seinerzeit ganze 146 000 t für einen Zeitraum von sechs Monaten gefordert hatten, dann war dies jetzt ein geradezu dramatischer Sprung nach oben. Mitte Februar wurden dann noch einmal nach oben korrigierte Mengen für die Zeit von Januar bis Mai 1945 angefordert⁵⁸.

Diese Fakten und Churchills Kenntnisnahme von der Materie sorgten in den nächsten beiden Monaten für hektische Aktivität, wobei der Druck von seiten des Militärs, die geforderten Mengen auch heranzuschaffen, ein Hauptfaktor war. Da die Kämpfe auf deutschem Boden mittlerweile voll im Gang waren, hatten die Kommandeure alle Veranlassung sicherzustellen, daß ihre Operationen nicht durch „disease and unrest“ unter der Zivilbevölkerung gestört wurden. Deren jüngste Hilfsgüteranforderung wurde deshalb in britischen Armeekreisen begrüßt und als „ein ernsthafter Versuch von SHAEF“ gepriesen, „die Frage der Lebensmittellieferungen auf eine vernünftige Basis zu stellen“. Sie äußerten denn auch den Wunsch, daß die britische Regierung die Anforderung bis spätestens 27. Februar 1945 bestätige. Das War Office wie die Amerikaner würden zweifellos bereitwillig zustimmen. Es würde also keine Probleme dabei geben, auch das Plazet des „Combined Civil Affairs Committee“ zu bekommen⁵⁹.

Die Korrektur der SHAEF-Anforderung nach oben ist leicht zu erklären: Die Fakten sprachen einfach für sich selbst, auch wenn SHAEF noch Anfang 1945 mit 1750 kcal pro Tag als Basisration aus Deutschlands eigener Ernte rechnete, zuzüglich 400 kcal aus Lagerbeständen. Diese Schätzung war hart kritisiert worden⁶⁰. Sie sollte aber mit einem Telegramm verglichen werden, das SHAEF Anfang März an CCAC schickte und das „Deutschland im Jahre Null“ in den Blick nahm. Hierin war – wenn auch etwas spät – das ganze Ausmaß der aktuellen Probleme erkannt. Nun wußte man, daß ein großer Teil der Bevölkerung ohne irgendwelche Lebensmittelvorräte auf der Flucht nach Westen war; die Zahl der Displaced Persons war um ungefähr ein Fünftel zu niedrig geschätzt worden; schließlich hatte SHAEF schwere Störungen der deutschen Lebensmittelerfassung entdeckt, die zuvor nicht in Betracht gezogen worden waren. Diese Entdeckung wurde nach nicht weniger als drei Jahren ständiger Luftangriffe gemacht, die seit Monaten gerade auch die Zerstörung des deutschen Verkehrsnetzes zum Ziel gehabt hatten⁶¹! Im Mai 1945 meldete Eisenhower an das War Department, die Lage sei infolge der Kriegsschäden so schwerwiegend, daß überhaupt nur sehr wenig „indigenous food“ zur Verfügung stünde⁶². Unterm Strich wird also deutlich, daß die Größenordnung der unab-

⁵⁸ SHAEF an CCAC, 30. Januar und 16. Februar 1945; PRO, BT 25 16 RG 163/19.

⁵⁹ British Army Staff, Washington, an War Office, 17. Februar 1945; ebenda. Siehe auch: Principal Under Sec., War Office, an Grigg, 22. Februar 1945; ebenda.

⁶⁰ W. Klatt, *Progress*, S. 203.

⁶¹ Telegramm an CCAC, 12. März 1945; PRO, FO 943/441.

⁶² Eisenhower an US War Department, 4. Mai 1945, PRO BT 25 16 RG 163/19.

dingbaren Hilfslieferungen für die deutsche Zivilbevölkerung von den Stäben im Feld beinahe bis zum Zeitpunkt der Kapitulation schwerwiegend unterschätzt worden ist.

Ein weiterer Grund für die sprunghafte Steigerung der angeforderten Gesamtmenge nach der Jahreswende 1944/45 lag in dem Bestreben, im Laufe des Sommers Vorratslager anzulegen. Dies war auch der Hintergrund dafür, weshalb Eisenhower in seinem Telegramm betonte, die Zuteilung müsse sofort erfolgen, um eine verfügbare Reserve schaffen zu können. Diese Entwicklung führte bei den britischen Militärs übrigens zu der Auffassung, die Frage der Hilfslieferungen werde endlich vernünftig behandelt⁶³. Das Alliierte Oberkommando hatte den geschätzten Bedarf außerdem um 20 Prozent erhöht, um Verluste beim Transport und bei der Verteilung auszugleichen. All das ergab also an exakt dem selben Tag die Anforderung jener 525 000 t für die Monate Juni bis August 1945, an dem Cherwell dem Premierminister versichert hatte, es seien nur „knapp eine Viertelmillion Tonnen“ im Spiel. Da dies die Menge war, die von SLA gebilligt war, kann man Cherwell keine böse Absicht unterstellen. Außerdem hatte das Komitee ja die Anforderung von SHAEF gebilligt, dabei aber aus eigenem Entschluß die Frage der Versorgung in der Zeit nach der Kapitulation ignoriert.

Nur drei Wochen nach der SLA-Konferenz lag auch ein Bericht vor, den eine Arbeitsgruppe Ministerialbeamter zusammengestellt hatte. Schwierigkeiten mit verspäteten Hilfslieferungen für befreundete Länder in Nordwesteuropa hatten das War Cabinet veranlaßt, im Januar einen ministeriellen ad-hoc-Ausschuß unter Vorsitz Atlees zu bilden. Dessen Bericht an das Kabinett bestätigte das Ergebnis der Arbeitsgruppe. Deutschland wurde darin in drei Passagen beiläufig berührt. Das Fazit war, Hilfe für ehemals feindliche Länder könne zu einem späteren Zeitpunkt durchaus im längerfristigen Interesse Großbritanniens liegen und „klugerweise nicht übersehen werden“⁶⁴. Die Beamten betonten also bereits zu einem Zeitpunkt, daß Hilfslieferungen unvermeidlich werden könnten, als die Politiker die Angelegenheit noch beiseite schoben. Aus diesem Grunde verzögerte sich auch die Zuteilung der Hilfsgüter für die deutsche Zivilbevölkerung für den Zeitraum Juni bis August trotz Eisenhowers Telegramm vom 14. Februar – in dem die Dringlichkeit betont wurde – bis zum März 1945.

Zwei Faktoren waren hier ausschlaggebend. Einer davon war die Haltung Churchills. Ihn hatte der Gang der Dinge so alarmiert, daß er nach seiner Rückkehr aus Jalta im Februar mehr Informationen haben wollte. Sein Unbehagen wurde noch dadurch verstärkt, daß Roosevelt bisher jedesmal Einwände gegen Nahrungsmittellieferungen für die deutsche Zivilbevölkerung geltend gemacht hatte; schon 1944 hatte er sie zum Ausdruck gebracht⁶⁵. Kein Wunder, daß seine Reaktion, als Chur-

⁶³ Eisenhower an US War Department, 14. Februar 1945; ebenda.

⁶⁴ War Cabinet, 6th Conclusions, 15. Januar 1945; für den Bericht: 11th Conclusions, 26. Januar 1945; PRO, CAB 62/61.

⁶⁵ Donnison, Civil Affairs, S. 20.

chill mit ihm während der Krim-Konferenz darüber sprach, nach dem Bericht des Premierministers nicht gerade begeistert war: „The President takes a cool view, as I do, of the subject.“⁶⁶ Nach seiner Rückkehr bat Churchill Eden, die ganze Angelegenheit zu prüfen. Das zeigt schon seine fortdauernde Besorgnis in dieser Frage, Eden wurde mit einem Memorandum des Foreign Office versehen, das er durch einige Einzelheiten aus seinem Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Molotow in Jalta ergänzte. Seine Antwort war daher im Kern der im Januar an das SLA-Komitee gerichteten ziemlich ähnlich⁶⁷. Hauptargument war die schiere militärische Notwendigkeit (das Ruhrgebiet stand kurz vor der Umfassung durch die Alliierten). Eden strich den Standpunkt der Kommandeure heraus, die betont hatten, daß es – da eine Lebensmittelverknappung während der Kämpfe unvermeidlich schien – vernünftig sei, Hilfslieferungen zu schicken, um etwaigen Unruhen in der Zivilbevölkerung vorzubeugen.

Bis hierher verlief die Argumentation in normaler Bahn und entsprach dem gesunden Menschenverstand. Doch dann unternahm der Foreign Secretary einen Anschlag auf die Leichtgläubigkeit Churchills, indem er ihm versicherte, es handle sich nur um Lieferungen während der Kämpfe, was in keiner Weise Einfuhren aus Ostdeutschland oder anderen Agrargebieten wie Ungarn oder Rumänien präjudiziere. Diese „sollten so bald wie möglich in andere Teile Europas, in denen sie gebraucht werden, gehen dürfen“⁶⁸. Aber – erstens – war nach den langen Kämpfen dort und nach der Besetzung durch die Rote Armee die Aussicht sehr gering, daß irgendwelche Überschüsse verfügbar sein würden. Und zum andern: Selbst wenn sie verfügbar wären, welcher politische Preis würde dafür gefordert werden? Eden ließ also den Punkt unbeachtet, auf den Cherwell den Premierminister einige Wochen zuvor aufmerksam gemacht hatte. Daß die westlichen Hilfslieferungen von den Russen politisch ausgebeutet werden könnten, erkannte er nicht oder brachte es lieber nicht zur Sprache. Überhaupt war es eigenartig, wie die Minister zu diesem Zeitpunkt an das ganze Problem herangingen. Schließlich hatte Lyttelton schon viele Monate zuvor den Ausdruck „very little chance“ gebraucht, um die Chance zu qualifizieren, daß Lebensmittellieferungen aus der Sowjetzone Westdeutschland erreichen würden⁶⁹. Trotzdem benutzte Eden jetzt Churchill gegenüber das Argument, die gelieferten Vorräte flößen in einen allgemeinen Pool. Sollte sich dort genügend ansammeln, dann könnten die Lieferungen ja an andere Länder gehen, falls sie in Deutschland nicht benötigt würden. Eden scheint das ehrlich geglaubt zu haben, denn er wiederholte das Argument zur selben Zeit noch in einem anderen Memorandum⁷⁰.

⁶⁶ Protokoll Churchill, 15. Februar 1945; PRO, FO 943/441.

⁶⁷ Zum Hintergrund von Edens Antwort siehe Permanent Under Sec., Ministry of Production, an Lyttelton, 1. März 1945; PRO, BT 25 16 RG 163/19.

⁶⁸ Memorandum, 4. März 1945; PRO, FO 943/441.

⁶⁹ Protokoll SLA-Komitee, 5. Juli 1944; PRO, CAB 87/38.

⁷⁰ Bericht an Churchill, 7. März 1945 (PRO, FO 943/441), und an seinen Permanent Under Sec., März 1945; PRO, BT 25 16 RG 163/19.

Churchill schien nichts von dem, was seine Minister vorbrachten, überzeugend zu finden. Er beanstandete besonders das Wort „overseas“ in Edens Memorandum als Angabe der Quelle für Hilfslieferungen an Deutschland. Hieß das, sie würden aus Ressourcen unter britischer Kontrolle kommen? Der Foreign Secretary mußte dies als Möglichkeit einräumen⁷¹. Inzwischen wurde das War Office unruhig, da noch immer keine Lebensmittelvorräte für die Monate Juni bis August beschafft worden waren⁷². Eine Möglichkeit, den durch Churchills Zögern eingetretenen toten Punkt zu überwinden, wäre gewesen, die Angelegenheit dem im Januar eigens ins Leben gerufenen ad-hoc-Komitee unter Attlee zu übergeben. Wie wenig der Premierminister durch die Empfehlungen seiner Mitarbeiter überzeugt worden war, mag an seiner Notiz für Eden abgelesen werden: „Es tut mir leid, aber ich bin nicht überzeugt: Ich arbeite gerade an einer Direktive für unsere Delegierten [beim CCAC], die ich dem Kabinett vorlegen werde.“⁷³

Zu diesem Zeitpunkt war gewiß Churchill ein Hindernis auf dem Weg zu einer raschen Lösung der Frage. Das oben erwähnte Komitee Attlees hatte am 21. März immerhin „generell zugestimmt“, daß für die Lebensmittelversorgung der deutschen Zivilbevölkerung auf minimalem Niveau auch für die Zeit nach Beendigung der Kampfhandlungen Vorsorge zu treffen sei. Unmittelbar nach diesem Votum machte Attlee im Unterhaus seine eingangs zitierte Bemerkung, daß man damit zu rechnen habe, eine große Anzahl Deutscher ernähren zu müssen. Den Hintergrund dazu bildete ein Besuch, den er gerade Nordwesteuropa abgestattet hatte, um sich über die Verhältnisse dort ein eigenes Bild zu machen. Diese kurze Reise brachte Attlee zu der festen Überzeugung, daß Deutschland in ernstlichen Schwierigkeiten sei, die zum Teil von den durch das Kriegsgeschehen verursachten chaotischen Verhältnissen herrührten. Da Bedell Smith, Eisenhowers Stabschef, die Quelle vieler seiner Informationen war, kam der Lord President noch mit einer anderen festen Überzeugung zurück. Aufgrund der militärischen Erfordernisse würden die Generäle auf dem Kontinent Deutschland sogar auf Kosten der befreiten Gebiete Priorität einräumen wollen⁷⁴. Mit anderen Worten, Attlees wachsende Überzeugung, es sei eine sofortige politische Entscheidung nötig, um diese Frage zu regeln, hatte einen durch und durch pragmatischen Hintergrund. Die Politiker sollten die Sache jetzt in die Hand nehmen, da die Armee in Deutschland wohl in jedem Falle Lebensmittel zur Verteilung kommen lassen werde.

Ein anderer Punkt im Zusammenhang mit langfristigen Hilfslieferungen hing eng mit der Frage der Reparationen zusammen, die die Briten nach dem Krieg von Deutschland fordern würden. Das ad-hoc-Komitee erkannte, daß eine angemessene

⁷¹ Briefwechsel 8. und 13. März 1945; PRO, FO 943/441.

⁷² Siehe auch Eisenhower an CCAC, 14. März 1945; ebenda.

⁷³ Memorandum, 18. März 1945; PRO, BT 25 16 RG 163/19.

⁷⁴ Zu Attlees Reise vgl. seinen Bericht WP (45) 17, 15. März 1945, an das War Cabinet; PRO, CAB 66/63.

Lebensmittelversorgung hierfür eine essentielle Vorbedingung war⁷⁵. Inzwischen war im übrigen auch das amerikanische War Department dabei, den Lieferungen für die Monate Juni bis August 1945 trotz der offenkundigen Bedenken Roosevelts seine Zustimmung zu geben⁷⁶. Trotz der Vorbehalte des Premierministers war der Weg für die Nachkriegshilfe nunmehr frei. Churchill richtete eine Direktive an Lytton als den Minister of Production, in der dieser angewiesen wurde, Hilfslieferungen für die deutsche Zivilbevölkerung zu beschaffen, daß diese aber geringer ausfallen mußten als die für die befreiten Gebiete. Ende März 1945 wurden die gewünschten Bestände für die Monate Juni bis August abgerufen⁷⁷. Die Würfel waren nun endgültig gefallen, wie Attlees Bemerkungen im Unterhaus bald zeigen sollten. Für den Fall, daß die Russen keine Lebensmittel in die westlichen Gebiete liefern würden, waren die Briten eine unbeschränkte Verpflichtung für ihre Besatzungszone eingegangen. Die Berechnung, wie groß diese sein würde, wurde dem „Armistice and Postwar Committee“ von Sir James Grigg unterbreitet: Deutschland würde für die Monate Juni bis August 770 000 t Lebensmittel benötigen. (Darin war die Unterstützung für die Displaced Persons eingeschlossen.) Danach, wenn die neue Ernte eingebracht sein würde, würde die monatlich erforderliche Menge fallen. Grigg räumte ein, daß dies aber eine zu optimistische Einschätzung sein könne. Immerhin hatten die militärischen Operationen das deutsche Verteilungssystem empfindlich gestört. Außerdem bestand nach wie vor das Problem, daß es die Sowjetunion war, die die Kornspeicher im deutschen Osten kontrollierte⁷⁸. Im April schätzte das War Office die für die deutsche Zivilbevölkerung bestimmten Lebensmittelanforderungen von SHAEF für die Monate Februar bis November 1945 auf über 1,4 Millionen Tonnen⁷⁹.

Die Zeit zwischen September 1944 und Frühjahr 1945 brachte sowohl in Whitehall wie in Washington also einen ständigen Wechsel in der allgemeinen Einstellung gegenüber den Hilfslieferungen für Deutschland. Es waren zwei entscheidende Faktoren, von denen alles andere abhängig gewesen war: erstens, der absolute Vorrang ungehinderter militärischer Operationen, zweitens, die sowjetischen Pläne für die Zeit nach dem Ende der Kämpfe. Hinsichtlich des ersten Punktes erscheint es im Rückblick eigenartig, daß die Meinungsbildung bei SHAEF so langsam vonstatten ging. Daß „disease and unrest“ eine Gefahr für die Invasion Deutschlands darstellen würden, war so offensichtlich, daß – wie wir gesehen haben – die Politiker in Whitehall nicht anstanden, Hilfslieferungen für diesen Zeitraum zu bewilligen. Das

⁷⁵ Protokoll der Komiteesitzung, 21. März 1945; PRO, BT 16 RG 163/19. Siehe auch das Memorandum Chancellor of Exchequer to Cabinet, 22. März 1945, in dem dieser Punkt betont ist; vgl. J. Foschepoth, *Britische Deutschlandpolitik zwischen Jalta und Potsdam*, in: VfZ 30 (1982), S. 694.

⁷⁶ Protokoll Ministry of Production, 21. März 1945; PRO, BT 16 RG 163/19.

⁷⁷ Siehe WP (45) 191, 21. März 1945, und die Kommentare dazu von Lincoln, Foreign Office, an Ripman, War Office, 30. März 1945; PRO, FO 942/143. Ebenso CCAC an SHAEF, 24. März 1945; PRO, FO 943/445.

⁷⁸ Bericht an APW-Komitee, 6. März 1945; PRO, CAB 87/69.

⁷⁹ War Office an Ministry of Production, 25. April 1945; PRO, BT 16 RG 163/19.

CCAC in Washington hatte den Gedanken im August 1944 gebilligt. Aber bis zum November unternahm bei SHAEF niemand irgendeine weiter gehende Aktion, um die Lieferungen nach vorne zu bekommen, und danach auch nur in ganz unzureichendem Umfang. Das lag zum Teil daran, daß man sich über den Zeitpunkt der deutschen Kapitulation nicht im klaren war. Allerdings war es nie sehr wahrscheinlich, daß die Alliierten vor der Roten Armee in Ostdeutschland sein würden. Noch weniger verzeihlich ist aber der kümmerliche Umfang, in dem sich die erste Anforderung im Herbst 1944 zu bewegen hatte.

Diese übervorsichtige Haltung ist allein mit der politischen Dimension zu erklären, die die Hilfe für Deutschland gewonnen hatte. Sie war für Washington mindestens so groß wie für Whitehall. Ein besonders bemerkenswerter Anhaltspunkt dafür ist eine Korrespondenz von Anfang 1945. Darin führten die Briten das Fehlen jeglicher Beschaffungspolitik in den USA auf die Scheu davor zurück, im Combined Civil Affairs Committee eine offene Diskussion über die Lieferung amerikanischer Lebensmittel für die deutsche Zivilbevölkerung zu riskieren⁸⁰. Etwas später wurde auf einer Sitzung des EIPS auf die „sehr starke Opposition“ der Amerikaner in dieser Sache hingewiesen. „Die Schlacht ist noch nicht vorüber“, hatte es noch Anfang Februar geheißen⁸¹. Da die für die Lieferung vorgesehenen Lebensmittel in den USA lagerten, ist es offensichtlich, daß die zögernde Haltung der USA – ebenso wie die Churchills – die Zuteilung für die Monate Juni bis August einige Zeit lang aufhielt.

Für die zögernde Haltung der britischen Minister gibt es mehrere Erklärungen. Mitte 1944 wußten sie, daß aus dem Osten womöglich nichts zu erwarten war. Nach den Kommentaren, die einige von ihnen in den Sitzungen der APW- und SLA-Komitees abgaben, waren sie ziemlich skeptisch in dieser Hinsicht. Immerhin konnten die Regierungsmitglieder sich damit besänftigen, daß niemand wußte, wann der Krieg zu Ende sein würde und welche Haltung die Sowjetunion dann wirklich einnehmen würden. Wie aber Lyttelton dargelegt hatte, würden die Anforderungen für Deutschland durchaus auch den befreiten Ländern zugute kommen können, falls die Hilfsgüter am Ende doch nicht für ihren eigentlichen Bestimmungszweck gebraucht würde. Da die Dinge so lagen, darf wohl gefragt werden, weshalb nicht schon früher eine größere Lebensmittelreserve für den Bedarfsfall angelegt wurde?

Ganz offensichtlich spielten in dieser Sache mehrere politische Probleme eine Rolle, insbesondere natürlich die ganze Frage von Lebensmittellieferungen für den besiegten Feind angesichts weltweiter Nahrungsmittelknappheit. Andererseits würde ohne angemessene Unterstützung eine Besatzungsverwaltung überhaupt unmöglich sein. Eden selbst hatte das in seiner Antwort an Attlee hinsichtlich der britischen Nachkriegspolitik im Prinzip anerkannt. Wie er sagte, würde es britischen Soldaten „schwerfallen, ihre Pflicht zu erfüllen, wenn sie – wie im Rheinland nach dem letz-

⁸⁰ Ripman an British Army Staff, Washington, 31. Januar 1945; PRO, FO 943/441.

⁸¹ Playfair, Treasury, an Ripman, 7. Februar 1945; PRO, BT 25 16 RG 163/19.

ten Krieg – von hungrigen Frauen und Kindern umgeben wären“⁸². Wenn er das so klar erkannte, weshalb drängte er dann seine Kollegen nicht, die erforderlichen Maßnahmen für die Nachkriegslieferungen entschiedener voranzutreiben? Das Argument, er habe auf Lieferungen aus Ostdeutschland gehofft, träfe kaum. Gewiß, die Briten versuchten selbst auf der Potsdamer Konferenz im Juli und August 1945 noch zu erreichen, daß Deutschland als wirtschaftliche Einheit behandelt würde, aber andererseits hatte Cherwell schon im Januar die Aufmerksamkeit auf den (aus britischer Sicht) gefährlichen Zusammenhang zwischen Kriegs- und Nachkriegslieferungen von Lebensmitteln gelenkt. Wurden Lieferungen während der Kampfhandlungen im Prinzip gebilligt und auch durchgeführt, dann besaß die Sowjetunion eine nützliche politische Waffe. Sie konnte für Lebensmittellieferungen nach der Kapitulation einen politischen Preis fordern oder sich dazu entschließen, diese ganz nach eigenem Gutdünken zurückzuhalten. Im letzteren Falle würde, falls die Westalliierten keinen Ersatz schaffen konnten, die daraus resultierende Verknappung in der amerikanischen und britischen Zone ein ausgezeichnetes Propagandamittel der UdSSR sein⁸³.

Die Briten würden so faktisch dazu gezwungen werden – entsprechend dem Präzedenzfall der Lieferungen während des Krieges –, die deutsche Zivilbevölkerung auch weiterhin zu ernähren. Genau das war später dann tatsächlich der Fall. Wenn die britischen Kabinettsmitglieder, und insbesondere Churchill, so lange zögerten, den Problemen ins Auge zu sehen, so deshalb, weil ihnen diese Fakten so überaus unangenehm waren. Die britischen Alliierten in Europa würden ebenso aufschreien wie die öffentliche Meinung in Großbritannien. (Das hatte schon die Debatte vom 28. März 1945 erkennen lassen.) Wie sehr diese Perspektive die Politiker zurückschrecken ließ, exemplifiziert vielleicht am besten der Kommentar eines britischen Beamten zu der ursprünglichen SHAEF-Anforderung über 146 000 t. Da er die in Belgien und in den Niederlanden benötigten Mengen kannte, bemerkte er sofort, daß die Anforderung zu niedrig war und „zweifelloso mit Blick auf die Schreibtischkritiker“ verfaßt worden war, „die jegliche Hilfslieferungen für die Deutschen ablehnten“⁸⁴. Das Zaudern von SHAEF und die Abneigung der Minister, nicht eher als unbedingt nötig das Problem energisch zu schultern, läßt sich auf Besorgnisse dieser Art zurückführen.

Es sollte noch ein weiterer Faktor beachtet werden, die in Whitehall herrschende Überzeugung nämlich, daß Lebensmittellieferungen für Deutschland in einer Zeit allgemeinen Mangels wahrscheinlich Kürzungen für Großbritannien selbst bedeuteten. Sollten Hilfslieferungen notwendig werden, damit die Verwaltung der britischen Besatzungszone überhaupt funktionierte, dann könnten die Amerikaner geneigt sein, ein begehliches Auge auf die britischen Vorräte zu werfen, anstatt

⁸² Memorandum an APW-Komitee, 19. Juli 1944; PRO, CAB 87/66.

⁸³ Siehe Generalmajor Kirby an Strang, 22. März 1944; PRO, FO 943/441.

⁸⁴ Bericht MacGregor, Ministry of Production, 2. Januar 1945; PRO, BT 25 16 RG 163/19.

etwas über den Atlantik zu schicken⁸⁵. Diese Befürchtung tauchte in der gesamten Debatte über Hilfen für Deutschland 1944/45 immer wieder auf. Von Llewelin und Dalton wurde sie bereits in der Sitzung des SLA-Komitees am 11. Mai 1944 artikuliert, in Whitehall im Februar und von Churchill dann im März 1945⁸⁶. Hier haben wir einen weiteren Grund, der die Minister so lange davon abhielt, die Hilfslieferungen für Deutschland zu billigen. Die politischen Folgen waren in der Tat bedrohlich. Großbritannien hätte sich in die Lage versetzt gesehen, wegen der zur Durchführung der Besetzung notwendigen Ressourcen einen Alliierten um Unterstützung anzugehen oder die Rationen im eigenen Land zu kürzen⁸⁷. Angesichts derartig einschneidender Konsequenzen konnten wohl selbst die vernünftigsten Begründungen für eine Unterstützung der Deutschen wenig ausrichten⁸⁸.

Bei der Beurteilung der Haltung in Whitehall gegenüber dem Problem der Hilfslieferungen für die deutsche Zivilbevölkerung ist also ein ganzes Bündel von Überlegungen zu berücksichtigen. Zusammengefasst können sie erklären helfen, weshalb die mit einem möglichen Ausbleiben von Nahrungsmittellieferungen aus Ostdeutschland verbundenen Implikationen nicht früher Beachtung fanden. Das Zögern von SHAEF im Herbst 1944 war keineswegs der einzige Grund, da hohe Politiker in Whitehall sich schon im Sommer darüber im klaren waren, wie die Ernährungssituation in Westdeutschland nach dem Krieg vermutlich aussehen würde. Erfolgt während der Kämpfe Hilfsleistungen, dann war es – wie Cherwell erkannt hatte – äußerst unwahrscheinlich, daß die Sowjets Nahrungsmittelüberschüsse zur Verfügung stellten.

Als die Besetzung begann, standen die ökonomischen Probleme der künftigen britischen Zone also schon weitgehend fest. Der Präzedenzfall von Nahrungsmittellieferungen in die Zone würde seine Fortsetzung finden, und zwar auf Kosten der britischen und amerikanischen Steuerzahler. Wie Attlee im April nicht nur mit Blick auf die militärischen Operationen, sondern auch auf den Bergbau und andere für die Alliierten wichtigen Produktionszweige feststellte, „werden wir“, wie er sagte, „in Betracht ziehen müssen, eine gewisse Menge an Nahrungsmitteln für die Ernährung der Deutschen bereitzustellen“. Mit anderen Worten, ohne angemessene Ernährung waren keine Reparationen zu erwarten. Da ein großer Teil der Reparationen aus dem Portemonnaie des britischen und amerikanischen Steuerzahlers finanziert werden würde, war der Keim für die Spannungen mit der Sowjetunion wegen der Reparationen schon gelegt. Denn die Westmächte bestanden darauf, die

⁸⁵ Im Schreiben JSM Washington an Foreign Office, 9. April 1945, (PRO, FO 942/143) war anerkannt, daß Nachkriegshilfe für die britische Zone notwendigerweise Getreide aus den USA bedeuten mußte.

⁸⁶ Permanent Under Sec., War Office, an Grigg, 22. Februar 1945, und Churchill an Eden, 8. März 1945; PRO, FO 943/441.

⁸⁷ Memorandum WP (45) 219 an War Cabinet, 5. April 1945; PRO, CAB 66/64.

⁸⁸ Im Juli 1946 waren die Briten gezwungen, im eigenen Lande die Brot-Rationierung einzuführen, und zwar nicht zuletzt auch deswegen, weil die USA auf Großbritannien Druck ausgeübt hatten, die britischen Getreidevorräte zu verringern. Vgl. Farquharson, *Western Allies*, S. 113 ff.

Bezahlung lebenswichtiger Importe zur ersten Forderung an die deutsche Wirtschaft zu machen.

Wie das Foreign Office betonte, „können die Russen nicht erwarten, daß Deutschland Güter für das Reparationskonto produziert, bevor die in der Industrie arbeitende Bevölkerung ernährt ist“. Da im selben Telegramm von Ende März 1945 darauf hingewiesen wurde, daß vom sowjetischen Vertreter in der Europäischen Beratenden Kommission noch immer keine Antwort auf den Vorschlag eingetroffen sei, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, waren die Aussichten düster⁸⁹. Da die USA als einzige das Lebensmitteldefizit Westdeutschlands ausgleichen konnten, mußte die sowjetische Weigerung, in den Westen zu liefern, dazu führen, daß die britische Zone immer mehr unter amerikanischen Einfluß geriet; damit trug diese auch zur Errichtung eines westdeutschen Staates bei.

⁸⁹ Telegramm an die britische Botschaft in Washington, 31. März 1945; PRO, FO 943/441.